

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 11 (1970)  
**Heft:** 16

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

## Der nächste Krieg?

Heerführer pflegen ihre Operationspläne nicht zu veröffentlichen, und genauso wenig ist zu erwarten, dass Breschnew oder Mao Tse-tung die ihrigen veröffentlichen, falls sie sie haben. Dass sie sie haben, behauptet jeder der beiden vom andern.

In der letzten Zeit haben sowohl Moskau als auch Peking wiederholt die Anschuldigung erhoben, dass die andere Partei eine militaristische Psychose anheize und ihr Volk auf einen Krieg vorbereite. Harrison Salisbury konnte sich mit Erlaubnis des Kremls persönlich von Truppenmassierungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze überzeugen. Seine Eindrücke hat er in der sehr häufigen Schlussfolgerung zusammengefasst, fraglich sei nicht mehr der sowjetisch-chinesische Krieg selbst, sondern nur noch der Tag seines Ausbruchs. Ministerpräsident Tschu En-lai hat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass China mit seinen mehr als 700 Millionen Menschen ein Volk von vielen hundert Millionen Soldaten sein werde, wenn der Feind seine Vermessensheit so weit treiben sollte, das Vaterland zu überfallen.

Unterdessen dürfte im Zeitalter der Beobachtungssatelliten kein ernstlicher Zweifel mehr daran bestehen, dass die Agenturmeldungen stimmen und der Aufmarsch beidseitig der 6670 Kilometer langen Grenze mit vollem Elan vorangetrieben wird.

Die Kräfte sind ungleichmässig verteilt. China (9,56 Millionen Quadratkilometer Fläche, geschätzte 780 Millionen Einwohner) zählt in Friedenszeiten drei Millionen Soldaten. Aber diese sind nicht adäquat bewaffnet, jedenfalls nicht für einen Angriffskrieg. Auf der andern Seite befindet sich unter sowjetischer Obhut das gesamte Potential der Warschauer-Pakt-Staaten (25 Millionen Quadratkilometer Fläche, 330 Millionen Einwohner). Die zu allen denkbaren militärischen Aktionen ausgerüsteten Truppen haben einen Friedensbestand von 4,5 Millionen Mann.

Die sowjetische Militärmacht ist auf Offensive vorbereitet. An die chinesische Grenze hat sie bereits 35—45 Divisionen disloziert, die innerhalb von Wochen verdoppelt werden können. Die chinesischen Gegenmassnahmen bezwecken offensichtlich den Ausbau eines in die Tiefe gestaffelten Verteidigungssystems. Die be-

reits mobilisierten 50—60 Divisionen sollen in seinem Rahmen dafür sorgen, dass ein angreifender Feind immer wieder vor Ueberraschungen gestellt wird.

\*

In der internationalen Politik mehren sich die Anzeichen für sowjetische Bemühungen, sich für die kommende und offenbar als unausweichlich angesehene Auseinandersetzung mit China den Rücken freizumachen. Indizien weisen darauf hin, dass schon die blosse Möglichkeit eines Ausbruchs der Feindseligkeiten mit China die Aussenpolitik des Kremls wesentlich beeinflusst. Fünf solcher Hinweise seien hier herausgegriffen.

Zunächst kann das relativ milde Verhandlungsklima zwischen Scheel und Gromyko unter anderem jedenfalls im Zusammenhang mit der chinesischen Frage gesehen werden. Moskau darf es nicht darauf ankommen lassen, dass Westdeutschland vorerst seinen Frieden mit China sucht. Ueberhaupt gehört das Taktieren mit Bonn zum bisher erfolgreichen globalstrategischen Bestreben des Kremls, die Bildung einer Achse Peking—Washington—Tokio—Bonn zu verhindern.

## Marktwirtschaft und Planwirtschaft

(Fortsetzung von Seite 5)

sowjetischen Presse zwar unermüdlich gerügt werden, aber deswegen wohl nicht leichter zu beheben sind.

Zum Beispiel benötigt man für den Bau neuer Fabriken in der Sowjetunion 5—7 Jahre gegen 1—3 Jahre im Westen. Akademiemitglied Trapesnikow, stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Wissenschaft und Technologie, hat in der «Prawda» (24. 7. 1969) einen Artikel veröffentlicht über die Kosten von Zeitverschwendung und Zeiteinsparung. Mit einem bewundernden Seitenblick stellt er fest, dass die Errichtung einer neuen Honda-Motorradfabrik insgesamt 9 Monate benötigte, dass vom Anfang der Planung bis zur Aufnahme der Produktion in einer Fabrik für synthetischen Kautschuk zwei Jahre vergingen: «In kapitalistischen Ländern wird die rasche Ausführung von Bestellungen zur wichtigsten Form der Konkurrenz. Liefertermine für Material werden in besonderen Fällen auf die Stunde genau eingehalten. Eine Unternehmung, die dazu nicht in der Lage ist, zahlt hohe Konventionalstrafen, verliert Kunden und wird bankrott. Die rasche Anwendung wissenschaftlicher und technischer Neuerungen erhält grösste Aufmerksamkeit.»

Trapesnikow deutet an, dass es in der Sowjetunion mit der Wirtschaftlichkeit generell schlecht bestellt ist: Kapital wird sterilisiert, die Transporte gehen zu lange, zwischen Planung und Serienproduktion verstreicht so viel Zeit, dass die Neuerung veraltet ist, wenn sie eingeführt wird.

Der technische Fortschritt wird übrigens durch das Fehlen von Marktpreisen entscheidend gehemmt. Die sowjetischen Preise sind zentral be-

stimmt, auf industrieweite Durchschnittskosten bezogen und daher starr. Sie geben keine zuverlässigen Richtlinien für Substitutionsmöglichkeiten. Abschreibungen wurden als ein Problem des Kapitalismus vernachlässigt; Kapitalkosten wurden willkürlich eingesetzt. Fabrikationseinrichtungen blieben länger im Gebrauch als im Westen, und gewisse Produkte hatten überlange Erzeugungsperioden.

Die durchschnittliche Abschreibungsfrist in der Sowjetwirtschaft liegt heute zwischen 15 und 20 Jahren, während die amerikanische bei etwa 10 Jahren liegt. Es ist indessen keine Seltenheit, dass man in der sowjetischen Konsumwirtschaft, namentlich in der Textilindustrie, Maschinen findet, deren Alter 50 Jahre überschreitet. Eine

halbe Million der im Gebrauch stehenden Drehbänke ist älter als 20 Jahre.

Die Verkürzung der Abschreibungsfristen ist gleichzeitig Voraussetzung und Folge rascher technologischer Entwicklung. Das Nachhinken der Sowjetwirtschaft bei der Erneuerung der Produktionsstätten ist ein weiterer Beweis für die technologische Lücke, die sie vom Westen trennt. Der Einsatz veralteter Fabrikationsanlagen—200 Walzstrassen in den Walzwerken sind beispielsweise noch nicht mechanisiert—bedeutet einen ertragsmälendernden Verschleiss. Dieser geht auf Kosten der gesamtwirtschaftlichen Leistung (die auch darum immer zweitrangig bleiben wird) und muss auf dem Rücken der Bevölkerung finanziert werden. ■

## Der Buchtip

**Vilmos von Zsolnay: «Das Schulwesen in der ungarischen Volksrepublik». Verlag Julius Beltz, Weinheim/Berlin 1968. 195 Seiten, Fr. 17.50.**

Die letzte Arbeit des früh verstorbenen ungarischen Autors gibt ein zusammenhängendes Bild vom gesamten Schulsystem (Grundschulen und Mittelschulen) eines kommunistisch regierten Landes, weshalb sie grundlegende Bedeutung hat. Viele Tabellen geben Zahlen und Daten zur Entwicklung des Unterrichtswesens. Der wichtigste Teil des Buches ist aber vielleicht jener mit dem Stundenplan für die einzelnen Schultypen (Seiten 152—167).

Kurz untersucht werden die früheren Systeme vor 1945 und zwischen 1945 und 1961, doch gilt

die Hauptaufmerksamkeit dem gegenwärtigen Stand nach der Schulreform von 1961.

Berücksichtigt werden auch wichtige Themen, die man sonst kaum behandelt sieht: die Aufnahme in die Sekundarschulen, die Fachzirkel in Grundschulen und Gymnasien, Schülerheime und Schülerfürsorge sowie, etwas kurz, der Abend- und Fernunterricht für Erwachsene. Von besonderem Interesse sind die Schulen für sprachliche Minderheiten.

Die Arbeit stützt sich auf ein ausserordentlich breites Quellenmaterial (bei den Stundenplänen fehlen allerdings die Quellenhinweise) und wendet sich in erster Linie an politisch interessierte Leser mit pädagogischen Kenntnissen.

Das Buch ist als Band 11 der Dokumentationen zum in- und ausländischen Schulwesen erschienen, die das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung herausgibt.

Laszlo Revesz

Zweitens liess die Sowjetunion in den Verträgen mit Prag und Bukarest unmissverständlich fixieren, dass ihre Satelliten nun verpflichtet sind, ihr mit all ihren Streitkräften zu Hilfe zu kommen, wenn der Krieg mit China ausbrechen sollte. In Polen sind bereits Stimmen laut geworden, die einen unbegrenzten Beistand im Falle dieses Falles schon aus Dankbarkeit für die Befreiung als Selbstverständlichkeit bezeichnen. Ulbricht, Schiwkoff und Kadar würden auch diesmal mit oder ohne Vertrag ihre «internationalistische» Pflicht erfüllen.

Ein drittes Anzeichen ist der Druck Moskaus auf die arabischen Länder zur Annahme des Rogers-Planes, der für die Sowjetunion vor allem die Eröffnung des Suezkanals als kürzesten Weg der sowjetischen Kriegsflotte zum Indischen Ozean verspricht.

Als vierten Ansatzpunkt für die Existenz eines globalen sowjetischen Befriedigungsplanes sind die Wiener Verhandlungen der Sowjets und Amerikaner über eine Raketenabrüstung zu nennen, die bereits in die Endphase getreten sind.

Schliesslich dürfte der sowjetische Plan der europäischen Sicherheitskonferenz der Vorstellung dienen, dass dadurch im Hinterhof des Kremls zumindest vorläufig für Ruhe gesorgt werden kann. Eigentlich sollte die Vermutung naheliegen, dass die Sicherung ihrer Westflanke den Sowjets auch einen politischen Preis wert sein müsste. Aber solange die westlichen Staaten selbst einander mit Konzessionen an die Sowjetunion überbieten und solange sie höflich darauf verzichten, mit China zu drohen, kann eine solche Vermutung nicht zu Verhandlungsvorteilen führen.

\*

Ist übrigens ruhiges Verhalten in dieser Sache das einzige, was sich die Sowjets vom Westen wünschen? Der Gedanke, dass der Westen im Falle einer Auseinandersetzung Moskaus mit Peking die sowjetische Friedensmacht tatkräftig unterstützen sollte, war schon in der Chruschtschew-Ära verbreitet worden. Letztes Jahr warf der Schriftsteller Wosnessenskij in seiner patriotischen Entrüstung über den Ussuri-Zwischenfall sogar die Idee eines gemeinsamen Kreuzzuges gegen die gelbe Gefahr auf: «Müssen wir wieder einmal das Schicksal des Erdballs auf unsern Schultern tragen? Welche Zeiten! Betet für Russland, für unser ungläubiges Schicksal, für unsere Selbstlosigkeit, die ewig ist wie die Sterne. Die Geschosse, die für Wien und Rom bestimmt sind, zerfetzen unser Fleisch. Russland ist der Retter. Die Batu-Khans sollen nur kommen... unter Russlands Schutz kann die Welt ruhig ihre Wege gehen!»

\*

Trotz vielfacher militärtechnischer Überlegenheit stellt ein Krieg mit China für den Kreml ein unabsehbares Risiko dar. China ist nicht die Tschechoslowakei, und eine Besetzung des ganzen Landes kommt nicht in Frage. Dass ein Präventivschlag auch nur zur Eroberung der strategischen Nordwestprovinz Sinkiang mit ihren Bodenschätzen und ihren antichinesischen Nationalitäten ein Dauererfolg würde, ist zu bezweifeln. Auch bei diesem beschränkten Kriegsziel wäre die Belastung durch einen chinesisch geführten Guerillakrieg enorm.

Abgesehen vom kaum voraussehbaren Ausgang der militärischen Operationen birgt ein Krieg mit China für die Sowjetunion noch andere unbekannte Faktoren in sich. Die Voraussetzungen von Andrej Amalrik, die für den Fall

eines lange dauernden Krieges mit China den Zerfall des Sowjetreiches verkünden, sind nicht einfach in den Wind zu schlagen. Die potentiell ohnehin sehr starken, wenn auch gegenwärtig hart unterdrückten zentrifugalen Kräfte in den osteuropäischen Staaten würden neue Nahrung erhalten und eventuell eine Explosion herbeiführen.

In dieser Beziehung ist auf den jüngsten China-Besuch des rumänischen Verteidigungsministers hinzuweisen, der in Peking die Freundschaft zwischen der rumänischen und der chinesischen Armee betonte. Die chinesische Waffenbrüderschaft würde Bukarest natürlich im Falle einer sowjetischen Züchtigung à la Prag nicht helfen, aber der Fall zeigt doch, dass der Kreml nur so lange auf die von ihm seinen Bündnispartnern aufgezungenen Verträge bauen kann, als seine Macht über die Satelliten unangefochten ist.

\*

Die offensiven sowjetischen Vorbereitungen an der chinesischen Grenze sind potentiell eine Kriegsdrohung, aber vorerst noch eine Machtdemonstration. Worin mündet sie? Die gegenwärtige gespannte Lage zwischen den beiden Grossmächten könnte bestenfalls nur noch mit dem Einfrieren des militärischen Aufmarsches beendet werden. Die Sowjetunion kann vorerst noch auf die voraussichtliche chinesische Krise nach Maos Weggang warten. Aber dafür arbeitet die Zeit in anderer Hinsicht für China. In fünf Jahren wird China laut westlichen Expertisen ein genügendes nukleares Abschreckungsarsenal haben, um militärisch nicht mehr erpresst werden zu können. Somit liegt die kritische Periode in der nahen Zukunft.

Michael Csizmas

Laszlo Revesz

## Wer sitzt im Obersten Sowjet?

Die Soziographie einer Repräsentationsbehörde

**In seiner Funktion als Parlament ist der Oberste Sowjet der UdSSR belanglos. Er ist erstens keine Volksvertretung, da die Wahlen der von der Partei vorgeschlagenen Kandidaten dem Staatsbürger keine Alternativen bieten: nicht einmal personell und schon gar nicht programmatisch. Er ist zweitens keine legislative Behörde, da er schon formell der «Leitung und Kontrolle» der KP unterstellt ist und somit keine Befugnisse zu eigenem Handeln hat. Wenn im nachstehenden Beitrag die soziale Schichtung des Obersten Sowjets untersucht wird, so ist das deshalb interessant, weil an einem Hauptbeispiel gezeigt wird, nach welchen Kriterien der sowjetische Staat seine Repräsentationsämter verteilt.**

Das am 14. Juni 1970 gewählte sowjetische Parlament, der Oberste Sowjet der achten Legislaturperiode, trat Mitte Juli zu seiner konstituierenden Session zusammen. Die erste Legislaturperiode rechnet man von 1937 an, da die Stalinsche Verfassung von 1936 die sowjetische Legislative umorganisierte: An der Stelle der früheren Sowjetkongresse mit einer Kammer wurde der heutige Oberste Sowjet gebildet, welcher zwei Kammern hat: einen Unionsowjet und einen Nationalitätensowjet. Vor 1937 hatten die einzelnen nationalen Staatsgebilde (Unionsrepubliken, autonome Republiken, autonome Ge-

biete und nationale Kreise) keine getrennte, eigene Vertretung in der obersten gesetzgebenden Körperschaft, so dass eigentlich die Struktur der Legislative den Staatsaufbau nicht widerspiegelt. Als Grundlage des staatlichen Aufbaus galt (und gilt) nämlich das nationale Prinzip. Den Nationen und Völkergruppen soll entweder eine Art Eigenstaatlichkeit (Unionsrepublik bzw. autonome Republik) oder eine gewisse Autonomie (autonomes Gebiet, nationaler Kreis) gewährt werden.

Die Reform der Legislative von 1936 führte folgenden Aufbau des Obersten Sowjets ein: Im

Unionsowjet vertritt ein Abgeordneter 300 000 Staatsbürger, während in den Nationalitätensowjet die 15 Unionsrepubliken je 32, die 20 autonomen Republiken je 11, die 8 autonomen Gebiete je 5, die nationalen Kreise je 1 Abgeordneten entsenden.

Die Wahl erfolgt am gleichen Tag in beide Kammern, auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe.

Für jeden Wahlbezirk — sie werden für beide Kammern getrennt gebildet — wird ein Kandidat aufgestellt, wodurch die Zahl der Kandidaten (bzw. der Mandate) und der Wahlbezirke identisch ist. Artikel 141 der Sowjetverfassung garantiert der Partei indirekt das Recht auf die Aufstellung von Kandidaten. Die Wahlbürger haben lediglich das Recht, an den in Betrieben und Wohnbezirken abgehaltenen Wahlversammlungen die von der Partei nominierten Personen zu kritisieren oder sogar abzulehnen (allerdings mit offener Stimmabgabe). Neue Personen darf jedoch nur die Partei nominieren. Die Nominierten werden, nachdem sie von den Wahlversammlungen angenommen sind, von den Wahlkommissionen als offizielle Kandidaten des «Blockes von Kommunisten und Parteilosen» registriert.

Diesmal wurden für den Unionsowjet 767, für den Nationalitätensowjet 750 Wahlbezirke mit gleicher Zahl von Kandidaten aufgestellt, und auch die Zahl der gewählten Abgeordneten macht  $767 + 750 = 1517$  aus.